
Vorsitz: Schweiz**1561. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 23. April 2026 (im Ratsaal)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 16.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Nägeli
N. Plattner

Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN
DIE UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (PC.DEL/380/26), Zypern (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und der Ukraine) (PC.DEL/370/26 OSCE+), Frankreich (Anhang 2), Kanada (PC.DEL/386/26), Türkei, Norwegen, Niederlande (auch im Namen von Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Norwegen, Rumänien, Tschechien und der Ukraine) (PC.DEL/371/26 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Deutschland (Anhang 3), Tschechien (PC.DEL/358/26 OSCE+), Belarus, Russische Föderation (PC.DEL/355/26)

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES OSZE-BEAUFTRAGTEN FÜR
MEDIENFREIHEIT

Vorsitz, OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (FOM.GAL/2/26/Rev.1) (FOM.GAL/2/26/Add.1/Rev.1), Zypern – Europäische Union (mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen und San Marino) (PC.DEL/372/26), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (PC.DEL/356/26/Rev.1), Norwegen (PC.DEL/378/26), Albanien (PC.DEL/375/26 OSCE+), Finnland, Belarus (PC.DEL/367/26 OSCE+), Georgien (PC.DEL/365/26 OSCE+), Türkiye (PC.DEL/385/26 OSCE+), Ukraine (PC.DEL/389/26), Armenien (PC.DEL/366/26), Kirgisistan, Irland, Kasachstan (PC.DEL/374/26 OSCE+), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/388/26 OSCE+), Montenegro, Zypern, Aserbaidshan (PC.DEL/384/26 OSCE+), Malta (PC.DEL/357/26 OSCE+), Serbien (PC.DEL/383/26 OSCE+), Kanada (PC.DEL/387/26 OSCE+), Niederlande (auch im Namen von Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Lettland, Litauen, Montenegro, Norwegen, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich) (PC.DEL/381/26 OSCE+), Turkmenistan, Heiliger Stuhl (PC.DEL/359/26 OSCE+), Parlamentarische Versammlung der OSZE

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Anhaltende Versuche einiger Teilnehmerstaaten, die Bemühungen um eine langfristige und tragfähige friedliche Lösung der Ukraine-Krise zu untergraben:* Russische Föderation (PC.DEL/361/26)
- (b) *40. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl:* Ukraine (PC.DEL/382/26), Vereinigtes Königreich, Belarus (PC.DEL/368/26 OSCE+), Zypern – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/373/26), Russische Föderation (PC.DEL/363/26)
- (c) *Gedenktag für die Opfer des von den Nazis und ihren Kollaborateurinnen und Kollaborateuren während des Großen Vaterländischen Kriegs 1941 – 1945 am sowjetischen Volk begangenen Völkermords am 19. April 2026:* Russische Föderation (PC.DEL/362/26), Belarus (PC.DEL/369/26 OSCE+), Deutschland (PC.DEL/376/26 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Teilnahme des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Ignazio Cassis, am fünften Diplomatieforum vom 17. bis zum 19. April 2026 in Antalya (Türkiye):* Vorsitz
- (b) *Teilnahme der Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber*

Musliminnen und Muslimen, E. Dağdelen Akgün, und des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Förderung von Dialog und der Vertrauensbildung, S. Rumin, am fünften Diplomatieforum vom 17. bis zum 19. April 2026 in Antalya (Türkiye): Vorsitz

- (c) *Besuch des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage, T. Lenk, am 21. und 22. April 2026 in Bukarest: Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/50/26 OSCE+): Direktorin des Büros des Generalsekretärs*
- (b) *Teilnahme des Generalsekretärs am fünften Diplomatieforum vom 17. bis zum 19. April 2026 in Antalya (Türkiye): Direktorin des Büros des Generalsekretärs, Türkiye*
- (c) *Forum des OSZE-Generalsekretärs und der zentralasiatischen Grenzkommandantinnen und -kommandanten 2026 am 20. und 21. April 2026 in Istanbul (Türkiye): Direktorin des Büros des Generalsekretärs*
- (d) *Videobotschaft des Generalsekretärs zur Eröffnung der 26. Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel mit dem Titel „The Rise of Forced Criminality: Addressing a Security Blind Spot“ am 20. und 21. April 2026 in Wien und online: Direktorin des Büros des Generalsekretärs*
- (e) *Besuch des Generalsekretärs in Astana am 22. und 23. April 2026: Direktorin des Büros des Generalsekretärs*

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 30. April 2026, um 10.00 Uhr im Ratsaal



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1561

23 April 2026

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

1561. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1561, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

es ist enttäuschend, dass der amtierende Schweizer Vorsitz sich dem politischen Klima beugt und weiterhin einen konfrontativen Punkt über die „Aggression Russlands gegen die Ukraine“ auf die Tagesordnung des Ständigen Rates setzt.

Derartige Aktionen des Vorsitzes sind mit den in der Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt IV.1 (C)) vorgesehenen festen Tagesordnungspunkten gänzlich unvereinbar. Dies macht eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Beteiligung an einer Diskussion über die Entwicklungen in der und um die Ukraine unmöglich.

Die Einberufung von Sitzungen des Ständigen Rates muss vollständig im Einklang mit der Geschäftsordnung der OSZE stehen, die Konsultationen mit allen Teilnehmerstaaten vorsieht (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3), und darf nicht gegen die Bestimmungen des Mandats des amtierenden Vorsitzes verstoßen, das diesen unmissverständlich dazu verpflichtet, bei seinen Handlungen die gesamte Bandbreite der Meinungen zu berücksichtigen (Beschluss Nr. 8 des Ministerrats von Porto 2002).

Wir ersuchen darum, dass dieser formelle Vorbehalt gemäß Artikel IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufgenommen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

1561. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1561, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

Frankreich schließt sich der von Zypern im Namen von 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an, wobei ich in nationaler Eigenschaft noch Folgendes hinzufügen will.

Wie letzte Woche angekündigt, möchte ich nach den Unterstellungen und insbesondere den Drohungen, die der Botschafter Russlands beim Ständigen Rat vom 16. April gegen mein Land, Frankreich, ausgesprochen hat, von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Frankreich unterstützt – ich erinnere daran – alle Bemühungen um einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine. Unsere Haltung ist klar: Russland, ein ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates, hat unter Missachtung sämtlicher völkerrechtlicher Regeln einen souveränen Nachbarstaat angegriffen. Die ukrainische Armee und das ukrainische Volk machen von ihrem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch, um die territoriale Integrität ihres Landes zu schützen. Anders als es die russische Delegation zu suggerieren versucht, ist Frankreich nicht Konfliktpartei.

Im Rahmen seiner Politik zur Unterstützung der Ukraine hat Frankreich beschlossen, der Ukraine eine Reihe von militärischen Ausrüstungsgütern zu liefern. Diese Lieferungen sollen es der Ukraine ermöglichen, gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen und den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki angemessen auf die gegen sie gerichtete Aggression zu reagieren und ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität wiederherzustellen.

Waffenlieferungen an einen Staat begründen keine Kriegsbeteiligung, das Völkerrecht ist diesbezüglich klar. Der französische Staatspräsident hat mehrfach unmissverständlich darauf hingewiesen, dass wir uns in keiner Weise im Krieg mit dem russischen Volk befinden. Ich wiederhole: Frankreich befindet sich nicht im Krieg und hegt keinerlei offensive Absichten gegenüber Russland oder irgendeiner anderen Nation. Unsere Position ist eine rein defensive und wird es auch bleiben. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass die russische Delegation im Ständigen Rat weiterhin ebenso fadenscheinige wie unwahre Argumente für ihre

Behauptung vorbringt, Russland werde von Frankreich, Europa und der NATO bedroht. Diese Taktik und die damit verbundenen Drohungen gegenüber den Europäern und den Bündnispartnern sind inakzeptabel.

Herr Vorsitzender, indem wir der Ukraine helfen, verteidigen wir im Einklang mit den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki das Völkerrecht, das Recht der Staaten auf Souveränität und Unabhängigkeit, ihr Recht auf die freie Wahl ihrer Bündnisse und sicherheitspolitischen Dispositionen sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen. Zugleich verteidigen wir damit auch unsere eigene Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität.

Die OSZE bietet eine Plattform für Dialog und Deeskalation. Dieses diplomatische Forum zu nutzen, um Drohungen auszusprechen und mögliche neue Aggressionen schon vorab zu rechtfertigen, ist mehr als nur gefährlich: Es ist verantwortungslos.

Abschließend möchte ich einige Klarstellungen zum Fall Adrien Bocquet vornehmen, den der russische Botschafter in der vergangenen Woche angesprochen hat. Er hat dabei verschwiegen, dass dieser französisch-russische Doppelstaatsbürger am 16. März dieses Jahres auf die Sanktionsliste der Europäischen Union gesetzt wurde. Warum? Wie Minister Jean-Noël Barrot erklärte, ist diese Person „ein regelrechter Rekrutierungsagent für ausländische Kämpferinnen und Kämpfer in der Ukraine geworden und ist für die Verharmlosung von Kriegsverbrechen sowie die Durchführung von Desinformationskampagnen in Europa und Afrika verantwortlich“.

Ich möchte erneut daran erinnern, dass die grobe Verfälschung von Tatsachen im Zusammenhang mit dem seit über vier Jahren andauernden Angriffskrieg, um anderen die Verantwortung zuzuschieben, die in Wirklichkeit bei Russland liegt, eine gefährliche Eskalation darstellt. In einem Forum wie dem unseren ist schon die elementarste Form der Kommunikation – ganz zu schweigen von Dialog – nur möglich, wenn Argumente auf nachweisbaren Fakten basieren. Überlassen wir alles andere doch bitte der Propagandamaschinerie.

Ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1561. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1561, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland schließt sich der Erklärung Zyperns im Namen von EU-Mitgliedstaaten vollumfänglich an. Erlauben Sie mir folgende ergänzenden Anmerkungen in nationaler Eigenschaft.

Ich nehme Bezug auf Russlands wiederholte Desinformation und Drohungen, mit denen Russland versucht, Sorge und Angst in unseren Gesellschaften zu verbreiten. Die jüngsten Äußerungen Moskaus, in denen offen die Koordinaten von Angriffszielen in Deutschland und anderen Ländern ins Spiel gebracht werden, und verschärfend die Wiederholung der Drohung durch die russische Delegation in diesem Forum sind ein weiterer Angriff auf die Grundprinzipien des Völkerrechts und der Helsinki-Schlussakte. Sie stellen eine beispiellose Eskalation dar!

Unsere Position ist glasklar: Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden unsere Souveränität und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger mit Entschlossenheit verteidigen. Solche Drohungen sind vollkommen inakzeptabel!

Die Bundesregierung hat daher am 20. April den Botschafter der Russischen Föderation in Berlin einbestellt und gefordert, dass Russland sich umgehend von solchen Drohungen distanziert.

Wie Bundeskanzler Merz in der letzten Woche noch einmal klar und deutlich betonte: Deutschland wird in seiner finanziellen, politischen und militärischen Unterstützung für die Ukraine nicht nachlassen! Ganz im Gegenteil: Bei den deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen am 14. April haben wir vereinbart, unseren bilateralen Beziehungen den Status einer strategischen Partnerschaft zu verleihen. Zusammen mit unseren vielen Partnern werden wir die Ukraine auch künftig bei der Ausübung ihres Selbstverteidigungsrechts gemäß Artikel 51 der VN-Charta konsequent unterstützen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, einen umfassenden, gerechten und nachhaltigen Frieden zu erreichen, einschließlich robuster, glaubwürdiger und rechtlich bindender Sicherheitsgarantien für die Ukraine.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!